

Aktualisierte Auflage



Schwarz-Gelb macht krank! Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!



Argumente und Materialien gegen den schwarz-gelben
Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung

Inhalt

1 Die Kopfpauschale kommt doch: Durch die Hintertür!.....	3
2 Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform und die Alternativen der LINKEN für ein solidarisches Gesundheitssystem.....	5
3 Material	11
Flugblatt.....	12
Eindruckplakat	13
Unterschriftensammlung	14
4 Veranstaltungen.....	16
Referentinnen- und Referentenliste.....	16
Checkliste Vorbereitung Veranstaltung.....	17
Muster-Presseerklärung Veranstaltung.....	19
Muster-Ankündigung Homepage.....	20
Muster-Auswertung Homepage.....	21
5 Straßenaktionen.....	22
Checkliste Straßenaktion	23
Muster-Aufruf »Mitmachen: Krach gegen Kopfpauschale!«	24
Muster-Presseerklärung Straßenaktion.....	25
Muster-Ankündigung Homepage.....	26
Muster-Auswertung Homepage.....	27
6 Aktionsbündnis »Köpfe gegen Kopfpauschale«	28
7 Weitere Informationen	29
8 Impressum.....	30

1 Die Kopfpauschale kommt doch: Durch die Hintertür!

Alle Meldungen, die Kopfpauschale sei vom Tisch, haben sich als falsch erwiesen. Die Kopfpauschale kommt durch die Hintertür in Form von pauschalen Zusatzbeiträgen (Zusatz-Kopfpauschale) in unbegrenzter Höhe. Dadurch werden geringe und mittlere Einkommen weit überproportional belastet. Schwarz-Gelb beerdigt damit endgültig das solidarische Gesundheitssystem, das die Vorgängerregierungen von SPD und Grünen beziehungsweise CDU und SPD bereits erheblich abgebaut haben.

Durch das Versprechen eines bürokratischen, schwer durchschaubaren »sozialen Ausgleichs«, der sich bei näherem Hinsehen als völlig unwirksam erweist, versuchen Merkel und Westerwelle die katastrophalen Auswirkungen zu verschleiern. Ihr Ziel, die Finanzierung der Krankenkassen ganz auf die Kopfpauschale umzustellen, haben sie nicht aufgegeben. Die Zusatz-Kopfpauschale ist dafür nur ein Zwischenschritt.

Auch die übrigen gesundheitspolitischen Ziele ihres Koalitionsvertrages ziehen Merkel und Westerwelle rücksichtslos durch: Die Beiträge der Arbeitgeber werden eingefroren, künftige Kostensteigerungen müssen allein von den Versicherten in Form der einkommensunabhängigen Zusatzpauschalen aufgebracht werden. Die gesetzlichen werden zugunsten der privaten Krankenversicherungen geschwächt, denn der Wechsel für Besserverdienende zur privaten Krankenversicherung wird wieder erleichtert. Und die Sparmaßnahmen bei Arzneimitteln, Ärztinnen und Ärzten ziehen diese Gruppen nicht in dem Umfang zur Ausgabenbe-

grenzung heran, der sozial gerecht und notwendig wäre.

Mit diesen Maßnahmen will Schwarz-Gelb das solidarische Gesundheitssystem endgültig zerschlagen: Arbeitgeber, Reiche, Besserverdienende und Gesunde werden entlastet; Arme, Menschen mit mittleren und geringen Einkommen sowie chronisch Kranke werden belastet.

Dagegen gibt es erheblichen Widerstand: Das Aktionsbündnis »Köpfe gegen Kopfpauschale«, an dem sich Gewerkschaften, Sozialverbände und zahlreiche Verbände und Vereine aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen, organisiert die Proteste gegen die Gesundheits-»Reform«. Sie sind ein zentraler Bestandteil des »Heißen Herbstes« gegen die unsoziale Kürzungspolitik der Bundesregierung.

In Land und Bund geht es in diesem Herbst um das Ganze: Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-BezieherInnen, Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld, keine Erhöhung von Hartz IV für Kinder und für Erwachsene nur um lächerliche fünf Euro, angekündigte Kürzungen im Landeshaushalt von 700 Millionen Euro und von 360 Millionen bei den Zuschüssen für die hessischen Gemeinden. – Wenn das alles wahr werden sollte, werden wir dieses Land nicht mehr wiedererkennen.

Die Proteste gegen den Sozialkahltschlag werden wir zugleich zum Auftakt für den Kommunalwahlkampf im kommenden Frühjahr machen. So hat

es unser letzter Landesparteitag diskutiert. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Kampf gegen die Zerschlagung des Gesundheitssystems, von der eine Mehrheit der Gesellschaft direkt betroffen ist.

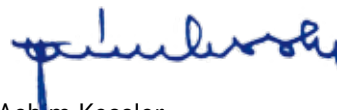
DIE LINKE. Hessen hat sich von Anfang an an den Protesten gegen die Kopfpauschale beteiligt: In ganz Hessen haben dazu fast 30 Veranstaltungen und unzählige Infostände und Straßenaktionen stattgefunden. Auf dieser Grundlage wollen wir im Rahmen des »Heißen Herbstes« unseren Protest verstärken.

Der Landesvorstand bittet die Kreis- und Ortsverbände der LINKEN in Hessen, neben weiteren Veranstaltungen vor allem Straßenaktionen zu organisieren und Unterschriften zu sammeln. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass die Resonanz auf kreative Aktionen auf Straßen und Plätzen sehr positiv ausfällt und dass die Ablehnung der schwarz-gelben Gesundheitsreform sogar von vielen Menschen geteilt wird, die als Besserverdienende davon profitieren würden. Die Ablehnung

der schwarz-gelben Gesundheits-»Reform« ist für viele Menschen der Ausgangspunkt dafür, auch die übrigen Sozialkürzungen der Bundesregierung zurückzuweisen.

Zur Vorbereitung der zweiten Phase unserer Gesundheitskampagne legen wir Euch diese aktualisierte Arbeitsmappe vor, in die Anregungen aus den Kreisverbänden, wie zum Beispiel eine Checkliste für Veranstaltungen, eingegangen sind. Außerdem hat der Landesvorstand eine Neuauflage der Flugblätter und Plakate beschlossen. Sie werden Euch in Kürze zugehen.

Bitte teilt uns Eure Planung für Veranstaltungen und Aktionen mit (achim-kessler@die-linke-hessen.de), damit wir sie auch auf der Landeshomepage veröffentlichen können!



Achim Kessler

Stellv. Landesvorsitzender, DIE LINKE. Hessen

2 Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform und die Alternativen der LINKEN für ein solidarisches Gesundheitssystem

Nach monatelangem Streit hat sich die Bundesregierung auf eine »Reform« des Gesundheitssystems geeinigt, die zum 1. Januar 2011 in Kraft treten soll. Alle Meldungen, wonach die Kopfpauschale vom Tisch sei, haben sich als falsch erwiesen. Die Bundesregierung nutzt die von CDU und SPD eingeführten Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung um die Kopfpauschale in Form von Zusatz-Kopfpauschalen durch die Hintertür durchzusetzen. Außerdem sollen die Arbeitgeber durch die dauerhafte Festschreibung ihrer Beiträge aus der Finanzierung von Kostensteigerungen endgültig entlassen werden, nachdem bereits Rot-Grün durch die Einführung eines Sonderbeitrags von 0,9 Prozent für die Versicherten die paritätische Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und -nehmer aufgeweicht hat. Nun wollen CDU/CSU und FDP den endgültigen Ausstieg aus der sozialen Krankenversicherung durchsetzen.

Dagegen regt sich breiter Widerstand von Gewerkschaften, Sozialverbänden sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, aber auch von der LINKEN, SPD und Grünen. Die Regierungsparteien sind in der Gesundheitspolitik vollständig isoliert. Die schwarz-gelbe Gesundheits-»Reform« trifft die Mehrheit der Gesellschaft. Der Protest dagegen ist deshalb zentraler Bestandteil des »Heißen Herbstes«, der sich auch gegen das unsoziale Kürzungspaket, gegen die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um nur fünf Euro, gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, gegen die

Militarisierung der Außenpolitik, gegen großwahnsinnige Verkehrsprojekte, gegen latenten und offenen Rassismus und die Einschränkung demokratischer Rechte richtet.

DIE LINKE hält an ihrem Ziel einer Solidarischen Bürgerversicherung als gesetzlicher Krankenversicherung fest, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten, auch Kapital- und Vermögenseinkünfte, einbezieht – und zwar in voller Höhe: Die Millionäre brauchen keine Krankenversicherung, aber die Krankenversicherung braucht die Millionäre.

Was will die Bundesregierung?

Erhöhung der Beiträge

Der prozentuale Beitragssatz zur Krankenversicherung soll von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht werden. Das bringt Mehreinnahmen von 6,3 Milliarden Euro. Versicherte und Arbeitgeber sollen je 0,3 Prozent mehr Beiträge bezahlen. Der von Rot-Grün eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent für die Versicherten soll beibehalten werden, so dass die Versicherten künftig 8,2 Prozent, die Arbeitgeber jedoch nur 7,3 Prozent bezahlen müssen.

Entlastung der Arbeitgeber

Die Beiträge der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen dauerhaft bei 7,3 Prozent festgeschrieben werden. Damit wollen CDU/CSU und FDP die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung endgültig beenden. Künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen müssen alleine von den Versicherten finanziert werden.

Auch CDU/CSU und FDP halten wie die beiden Vorgängerregierungen an dem neoliberalen Märchen fest, dass durch die Senkung der so genannten »Lohnnebenkosten« Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden:

»Die Bundesregierung hat bereits in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel vereinbart, die Entwicklung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Denn nur dadurch kann eine planbare und zukunfts feste Finanzierung der GKV sichergestellt werden, ohne dass Arbeitsplätze durch steigende Lohnzusatzkosten gefährdet werden. Die Beitragsätze werden auf dem ab 2011 geltenden Niveau eingefroren. Das sorgt für mehr Stabilität bei den Arbeitskosten und fördert langfristig Wachstum und Beschäftigung.« (Homepage Bundesministerium für Gesundheit)

Mit dem Begriff der so genannten Lohnzusatz- oder Lohnnebenkosten wird unterstellt, es handele sich dabei um eine Art Luxusleistung, die die Arbeitgeber den Arbeitnehmern gewähren. In Wahrheit sind diese so genannten Lohnneben- oder Lohnzusatzkosten nichts anderes als der Anteil am Lohn bzw. Gehalt, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Finanzierung ihrer Lebensrisiken (Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Alter...) benötigen. Die so genannten Lohnnebenkosten sind Lohnkosten. Wer sie senken will, will in Wahrheit die Löhne senken, damit die Gewinne auf Kosten der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen.

Das Ergebnis der Senkung der »Lohnnebenkosten« ist bekannt: Die versprochenen neuen Arbeitsplätze sind ausgeblieben, dafür sind die Gewinne

enorm gestiegen und soziale Sicherheit gibt es nur noch für Reiche.

Kopfpauschale durch die Hintertür: Zusatz-Kopfpauschale

Auch die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen faktisch bei dem ab 2011 geltenden Beitragssatz von 8,2 Prozent eingefroren werden. Künftige Kostensteigerungen sollen nämlich durch Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert werden.

Da der Zusatzbeitrag nicht mehr prozentual vom Einkommen, sondern nur noch pauschal erhoben wird, wird der Zusatzbeitrag zu einer Zusatz-Kopfpauschale. Diese Zusatz-Kopfpauschale kann künftig von jeder einzelnen Krankenkasse individuell in unbegrenzter Höhe erhoben werden. Die bisher geltende Begrenzung auf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens entfällt.

Bereits für das Jahr 2014 rechnet die Bundesregierung mit durchschnittlichen Zusatzbeiträgen von 16 Euro im Monat. Langfristig werden die pauschalen Zusatzbeiträge immer weiter steigen. Besserverdienende zahlen dadurch prozentual immer weniger von ihrem Einkommen in die Krankenversicherung ein. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, aber auch Rentnerinnen und Rentner müssen prozentual einen immer höheren Anteil ihres Einkommens zahlen.

Ein Kunststück: »Sozialausgleich« ganz ohne sozialen Ausgleich

Durch die Einführung der Zusatz-Kopfpauschale ist der soziale Ausgleich zwischen Besser- und Geringverdienenden faktisch beendet. Das bestreiten

noch nicht einmal CDU/CSU und FDP. Deshalb haben sie einen steuerfinanzierten Sozialausgleich versprochen. Heraus gekommen ist ein schwer durchschaubares und bürokratisches Monstrum, das keinerlei sozialen Ausgleich bringt:

Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des Bruttoeinkommens, soll ein steuerfinanzierter Ausgleich erfolgen. Konkret soll das so aussehen: Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des individuellen Einkommens, wird die Differenz vom Arbeitgeber beziehungsweise Rentenversicherungsträger durch abgesenkte Beiträge mit der Lohn- beziehungsweise Rentenzahlung ausgeglichen. Maßgeblich ist dabei nicht der reale Zusatzbeitrag, den eine Krankenkasse tatsächlich erhebt, sondern der von einem »Schätzerkreis« beim Bundesversicherungsamt vermutete bundesweite Durchschnitt aller Zusatzbeiträge.

Was das konkret beutet, zeigen folgende Beispiele:

BEISPIEL 1	
Geschätzter durchschnittlicher Zusatzbeitrag	16 Euro
Tatsächlicher Zusatzbeitrag der Krankenkasse XY	16 Euro (spielt bei der Berechnung keine Rolle!)
Bruttoeinkommen	800 Euro
Davon 2 Prozent	16 Euro
Sozialausgleich	16 Euro – 16 Euro = 0 Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Selbst bei einem geringen Bruttoeinkommen von 800 Euro und einem Zusatzbeitrag von 16 Euro findet keinerlei Sozialausgleich statt. • Zusätzlich zu dem prozentualen Beitrag von 8,2 Prozent werden in diesem Beispiel 2 Prozent Zusatzbeitrag fällig. Das sind insgesamt 10,2 Prozent. • Bei einem Bruttoeinkommen von 800 Euro müssen also insgesamt 81,60 Euro Beiträge gezahlt werden. Von einem »sozialen Ausgleich« zu sprechen ist zynisch. 	

BEISPIEL 2	
Geschätzter durchschnittlicher Zusatzbeitrag	20 Euro
Tatsächlicher Zusatzbeitrag der Krankenkasse XY	16 Euro (spielt bei der Berechnung keine Rolle!)
Bruttoeinkommen	800 Euro
Davon 2 Prozent	16 Euro
Sozialausgleich	20 Euro – 16 Euro = 4 Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Übersteigt der geschätzte durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des Bruttoeinkommens, wird nicht der gesamte durchschnittliche Zusatzbeitrag erstattet, sondern nur die Differenz. • Es bleibt also bei einem Beitrag von 10,2 Prozent oder 81,60 Euro. 	

BEISPIEL 3	
Geschätzter durchschnittlicher Zusatzbeitrag	16 Euro
Tatsächlicher Zusatzbeitrag der Krankenkasse XY	30 Euro (spielt bei der Berechnung keine Rolle!)
Bruttoeinkommen	800 Euro
Davon 2 Prozent	16 Euro
Sozialausgleich	16 Euro – 16 Euro = 0 Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Da der durchschnittliche und nicht der tatsächliche Zusatzbeitrag ausgeglichen wird, gibt es keinen Ausgleich, wenn der tatsächliche über dem durchschnittlichen Zusatzbeitrag liegt. • In diesem Beispiel wären 8,2 Prozent prozentualer Beitrag und zusätzlich 30 Euro (3,75 Prozent) fällig. Insgesamt wären das 11,95 Prozent oder 95,60 Euro. • Die tatsächliche Belastung eines Versicherten oder einer Versicherten spielt also überhaupt keine Rolle. Der »soziale Ausgleich« gleicht also nicht die konkrete Belastung aus, sondern nur fiktive Durchschnittswerte. 	

Wettbewerb zwischen den Krankenkassen

Durch die Einführung der von den Krankenkassen frei festlegbaren Zusatz-Kopfpauschale wollen CDU/CSU und FDP den Wettbewerb zwischen den Kassen verschärfen: *»Die unterschiedliche Höhe der Zusatzbeiträge ist wie ein Preisschild, an dem sich die Versicherten orientieren können. Ist der Zusatzbeitrag hoch und steht ihm kein zusätzlicher Nutzen – z. B. besserer Service oder bessere Versorgungsangebote – gegenüber, werden sie zu einer Kasse wechseln, die einen geringeren Zusatzbeitrag erhebt.«* (Homepage Bundesministerium für Gesundheit)

Durch diesen Wettbewerb geraten Krankenkassen, die viele einkommensschwache Versicherte mit einem hohen Gesundheitsrisiko haben, unter Druck. Sie haben die Wahl, entweder Leistungen einzuschränken oder die Zusatz-Kopfpauschale zu erhöhen.

Wenn der Finanzbedarf der Krankenkassen in den nächsten Jahren steigt und daher die Zusatzbeiträge der Krankenkassen angehoben werden müssen, wird dies die Frage nach einer Kürzung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen aufwerfen. Im Ergebnis könnte es schon nach kurzer Zeit Billigkrankenkassen geben, die für geringe Beiträge weniger Leistungen anbieten. Das wäre dann die Grundversorgung für Arme und Geringverdiener. Dem würden Luxuskassen gegenüber stehen, die für hohe Beiträge mehr Leistungen anbieten. Denn von »freier Wahl« unter den Kassen kann keine Rede sein: Wer wenig Geld hat, kann sich teure Beiträge schlicht nicht leisten. Das ist brutalst mögliche Zwei-Klassen-Medizin.

Schwächung der gesetzlichen zu Gunsten der privaten Krankenversicherung

Besserverdienenden soll künftig der Wechsel in eine private Versicherung erleichtert werden. Bisher musste das Einkommen von Versicherten in drei aufeinander folgenden Jahren über der Versicherungspflichtgrenze (derzeit 49 950 Euro) liegen, um in eine private Krankenversicherung wechseln zu können. Künftig soll die Überschreitung der Pflichtgrenze in einem Jahr ausreichen.

Die gesetzlichen Krankenversicherungen werden gerade die Versicherten verlieren, die sie dringend brauchen: einkommensstarke Versicherte mit hohen Beiträgen. Die Gewinne der privaten

Krankenversicherungen werden durch Verluste der gesetzlichen Krankenversicherungen erhöht. Die gesetzlichen Krankenversicherungen müssen höhere Zusatzbeiträge erheben, weil ihnen die Beiträge der einkommensstarken Versicherten fehlen. Letztlich kommen also die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen für die steigenden Gewinne der Privatversicherungen auf.

Einsparungen bei Krankenhäusern, Krankenkassen, Ärztinnen und Ärzten

Bei Krankenhäusern wird für Mehrleistungen, die über die vertraglich vereinbarten Leistungen hinausgehen, ein Abschlag von 30 Prozent eingeführt. Dadurch sollen 350 Millionen Euro eingespart werden. Außerdem werden die Krankenhausausgaben an die Lohnentwicklung gekoppelt, wodurch 150 Millionen Euro gespart werden sollen. Die Verwaltungskosten der Krankenkassen dürfen 2011 im Vergleich zum laufenden Jahr nicht erhöht werden. Das soll 300 Millionen Euro sparen. Ärztinnen und Ärzten werden bei der ambulanten Versorgung 350 Millionen Euro gekürzt. Die Honorare von Hausärztinnen und -ärzten sollen gedeckelt werden. Das soll 500 Millionen Euro bringen.

Wichtig ist: Hier geht es nicht um wirkliche Kürzungen von Einnahmen von Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern, sondern lediglich um eine Begrenzung des Einnahmewachses. Dabei sind die Einkommen von Ärztinnen und Ärzten in den letzten Jahren kräftig angestiegen. Zu behaupten, wie die Bundesregierung es tut, mit diesen Maßnahmen würden auch Leistungsanbieter angemessen an den Sparmaßnahmen beteiligt, ist daher blanker Hohn.

Was will DIE LINKE?

Wir nehmen nicht hin, dass die Sozialversicherung zu einem Wirtschaftszweig gemacht und dem Profitstreben unterworfen wird. Jeder Mensch hat dasselbe Recht auf medizinische Versorgung! Gesundheit ist keine Ware!

Abschaffung von Praxisgebühr und anderen Zuzahlungen

Barrieren, die Menschen daran hindern, medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen, müssen abgeschafft werden. Dazu gehören Zuzahlungen, Praxisgebühr oder Krankenhausselbstbeteiligung. DIE LINKE nimmt nicht hin, dass Menschen mit geringen Einkommen von der Versorgung ausgeschlossen werden.

Solidarische Bürgerversicherung

DIE LINKE beharrt auf dem Prinzip der Solidarität, der Unterstützung der Schwachen durch die Starken, auch und gerade in der Gesundheitspolitik. Deshalb müssen die Versicherungspflichtgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Millionäre brauchen keine Krankenversicherung, aber die Krankenversicherung braucht die Millionäre! Außerdem muss die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wieder hergestellt werden, indem die Arbeitgeber die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten tragen.

Jeder Mensch muss einen eigenen persönlichen Krankenversicherungsanspruch erhalten, damit niemand mehr zwangsweise abhängig von anderen ist.

Die Solidarische Bürgerversicherung, wie DIE LINKE sie fordert, basiert auf drei einfachen Prinzipien:

- ✓ Alle Menschen, die in Deutschland leben, werden Mitglied in der Solidarischen Bürgerversicherung. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbständige, Beamte und alle anderen, die bisher privat versichert waren.
- ✓ Zur Finanzierung werden alle Einkommensarten herangezogen, zum Beispiel auch Kapitalerträge und Vermögenseinkünfte: Alle zahlen zehn Prozent ihres Einkommens in die Solida-

rische Bürgerversicherung ein. Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte.

- ✓ Reiche tragen zur Finanzierung prozentual genau so viel bei wie Durchschnitts- oder Geringverdiener. Derzeit werden Einkommen nur bis zu einer Höhe von 3.750 Euro bei der Berechnung der Beiträge berücksichtigt. Alles, was darüber liegt, bleibt beitragsfrei. Diese Bemessungsgrenze muss stufenweise angehoben und schließlich ganz abgeschafft werden.

3 Material

Das **Flugblatt** kann genutzt werden, um bei Infoständen für Veranstaltungen zur Gesundheitspolitik zu werben: Einfach die Ankündigung auf die Rückseite kopieren. Außerdem kann es natürlich bei Straßenaktionen verteilt werden. Für flächendeckende Steckaktionen im ganzen Land ist die Auflage nicht groß genug. Wenn Ihr für Euren Kreisverband auf eigene Kosten eine größere Auflage benötigt, lasst uns das bitte wissen.

Das **Plakat** ist so gestaltet, dass kopierte Veranstaltungsankündigungen aufgeklebt werden können. Die Erfahrung zeigt, dass Veranstaltungen dann gut besucht sind, wenn wir mit Infoständen

und Plakaten dafür geworben haben. Selbst wenn Menschen sich nicht entschließen, zu unserer Veranstaltung zu kommen, nehmen sie doch wahr, dass wir uns gegen die Zerschlagung des Gesundheitssystems einsetzen.

Alle Infostände, Veranstaltungen und Straßenaktionen sollten wir nutzen, um **Unterschriften für das Aktionsbündnis »Köpfe gegen Kopfpause«** zu sammeln. Damit wir einen Überblick über die Resonanz bekommen, wäre es nett, wenn Ihr uns ausgefüllte Listen an die Landesgeschäftsstelle schicken könntet (Adresse siehe Impressum), wir schicken sie dann gesammelt an das Aktionsbündnis weiter.

Schwarz-Gelb macht krank!

Bereits die Regierung von SPD und Grünen und die Große Koalition haben das Gesundheitssystem massiv abgebaut: Privatisierung, Kostenverlagerung auf die Versicherten und immer mehr Wettbewerb.

Jetzt wollen CDU und FDP das solidarische Gesundheitssystem vollständig zerschlagen:

- Ab Januar 2011 zahlen RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen 8,2 Prozent. Der von SPD und Grünen eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent bleibt bestehen.
- Arbeitgeber zahlen nur 7,3 Prozent. Ihr Beitrag wird dauerhaft eingefroren. Künftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten alleine tragen.
- Reicht den Krankenkassen das Geld aus diesen Beiträgen nicht, müssen die Versicherten eine Zusatz-Kopfpauschale (pauschaler Zusatzbeitrag) zahlen, ohne Obergrenze. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wesentlich stärker belastet als Personen mit hohen Einkommen.
- Der versprochene »Sozialausgleich« verdient diesen Namen nicht. Bei 16 Euro Durchschnittspauschale und einem Bruttoeinkommen von 800 Euro gibt es keinen Ausgleich: In diesem Fall werden 10,2 Prozent oder 81,60 Euro fällig! Niedrigverdienende, RentnerInnen, Auszubildende und Studierende zahlen künftig über 10,2 Prozent ihres Einkommens an Beiträgen. Das ist eine staatlich verordnete Einkommenskürzung! Dazu kommen noch die Praxisgebühr und die Zuzahlungen.

Durch die Umwandlung des Zusatzbeitrags in eine Zusatz-Kopfpauschale wollen CDU-CSU und FDP die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Das ist aber nur ein Zwischenschritt zu ihrem eigentlichen Ziel, alle Beiträge als Kopfpauschale zu erheben. Pauschal ist unsozial!

Merkel und Westerwelle wollen die Gesundheitsversorgung für Arbeitgeber und Besserverdienende billiger machen. Dafür sollen chronisch Kranke, Arme, Rentnerinnen und Rentner, Durchschnitts- und Geringverdienende mehr bezahlen.

DIE LINKE will eine solidarische Bürgerversicherung

- in der alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied sind. Auch Beamte, Politikerinnen und Politiker und Selbständige.
- bei der nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch andere Einkommensarten, wie zum Beispiel Kapitalerträge und Pachteinnahmen, beitragspflichtig sind.
- bei der die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft wird.

Wir wollen, dass

- Praxisgebühr und Zuzahlungen abgeschafft werden, weil sie Menschen daran hindern, die Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen.
- die Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung übernehmen. Deshalb muss der von SPD und Grünen eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent für die Versicherten abgeschafft werden.
- jeder Mensch einen eigenen persönlichen Krankenversicherungsanspruch erhält, damit niemand mehr zwangsweise von anderen abhängig ist.

Nur Reiche können sich einen schwachen Sozialstaat leisten! Dagegen setzen wir das Prinzip der Solidarität. Wir meinen: Wer viel hat, muss viel zur Solidargemeinschaft beitragen. Das sehen auch viele Besserverdienende so: Sie wollen nicht in einem Land leben, in dem immer mehr Menschen in Armut und Not gedrückt werden.



Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

www.die-linke-hessen.de

Schwarz - Gelb
macht
krank!



Bürgerversicherung
statt Kopfpauschale!

JEDER KOPF ZÄHLT. KOPFPAUSCHALE STOPPEN.

DAS BÜNDNIS „KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE“ KONNTE EINEN SYSTEMWECHSEL ZUR KOPFPAUSCHALE BISLANG VERHINDERN. DOCH VORSICHT!

FDP-GESUNDHEITSMINISTER RÖSLER WILL DIE KOPFPAUSCHALE DURCHBOXEN.

DER UNSOZIALE PLAN VON SCHWARZ-GELB: DIE KOPFPAUSCHALE DURCH DIE HINTERTÜR UND EINE NEUE BELASTUNGSWELLE.

**ACHTUNG! RÖSLER WILL DIE KOPFPAUSCHALE DURCHBOXEN.
STOPPAUSCHALE
DEIN KOPF ZÄHLT.**

- **Rösler plant: Höhere Belastungen der Versicherten bei den Krankenkassenbeiträgen.**

Arbeitgeber sollen künftig 7,3 Prozent zahlen, die Versicherten aber 8,2 Prozent. Tatsächlich müssen die Versicherten schon jetzt 15 Mrd. Euro/Jahr mehr bezahlen.

UNGERECHT!

WIR WOLLEN DIE GLEICHEN BEITRÄGE VON DEN ARBEITGEBERN – VOLLE PARITÄT!

- **Rösler plant: Steigende Belastungen nur noch für die Versicherten.**

Der Beitrag der Arbeitgeber soll eingefroren werden. Die Versicherten müssten alle Kostensteigerungen bezahlen. Deutliche Mehrbelastungen statt „Mehr Netto vom Brutto“. Am Ende drohen auch Leistungskürzungen.

UNGERECHT!

WIR WOLLEN DIE SOLIDARISCHE FINANZIERUNG AUSWEITEN UND GUTE LEISTUNGEN FÜR ALLE.

- **Rösler plant: Zusätzliche Kopfpauschalen für Versicherte ohne solidarischen Ausgleich.**

Die Versicherten sollen zusätzliche Kopfpauschalen in unbegrenzter Höhe zahlen. Der Solidarausgleich soll ausgehebelt werden.

UNGERECHT!

WIR WOLLEN DIE UNSOLIDARISCHEN ZUSATZBEITRÄGE VERMEIDEN. IN ZUKUNFT BÜRGERVERSICHERUNG.

Schwarz-Gelb will 70 Mio. Versicherten die Kopfpauschale verpassen. Die Zeit läuft... Entscheidung: Ende 2010.

MACH MIT...! DEIN KOPF ZÄHLT. KOPFPAUSCHALE STOPPEN. JETZT.

AKTIONSBÜNDNIS KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

FÜR MEHR SOLIDARITÄT IM GESUNDHEITSWESEN
EINE INITIATIVE DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES



WWW.STOPPAUSCHALE.DE

4 Veranstaltungen

Referentinnen- und Referentenliste

Angelika Beier
Gewerkschaftssekretärin
Tel. 0151 / 23 40 04 68
angelika.beier1@web.de

Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger
Institut für Medizinische Soziologie
Institut für Europäische Gesundheitspolitik
und Sozialrecht (ineges)
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt
Theodor-Stern-Kai 7
60590 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 63 01 76 10
gerlinger@em.uni-frankfurt.de
www.kgu.de/zgw/medsoz

Axel Gerntke
Gewerkschaftssekretär
Tel. 0160 / 5 33 14 72
axel.gerntke@t-online.de

Dr. Achim Kessler
Stellv. Landesvorsitzender
DIE LINKE. Hessen
Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 71 67 97 03
Mobil 0172 / 1 41 71 95
achim-kessler@die-linke-hessen.de

Ruben Müller
Krankenpfleger/OP-Pfleger
Betriebsratsvorsitzender im Nord-
westKrankenhaus
in Frankfurt am Main
Tel. priv. 06663 / 91 82 72
Tel. Büro 069 / 76 01 38 89
Mobil 01520 / 9 88 17 84 oder
0151 / 27 07 00 59
mueller-ruben@online.de oder
mueller-ruben@t-online.de

Herbert Schneider
Verwaltungsrat der AOK Hessen
0171 / 99 77 797
Herbert.Schneider@HE.AOK.de

Margarete Wiemer
Personalratsvorsitzende der Städtischen
Kliniken Frankfurt am Main-Höchst
Tel. Büro 069 / 31 06 29 56
Tel. priv. 069 / 78 57 02
margaretewiemer@t-online.de

Checkliste Vorbereitung Veranstaltung	
Was?	Wann?
Termin mit ReferentIn abstimmen	4 Wochen vorher
Raum reservieren	4 Wochen vorher
Ankündigung auf Homepage setzen	3 Wochen vorher
Termin an Landesgeschäftsstelle (achim-kessler@die-linke-hessen.de)	3 Wochen vorher
Einladung per Mail an Mitglieder und uns nahestehende Personen	3 Wochen vorher
Veranstaltung in Sozialen Netzwerken (z. B. Facebook) bewerben	3 Wochen vorher
Einladung Medien	2 Wochen vorher
Erinnerung Medien und Bitte um Vorankündigung einen Tag vorher	1 Woche vorher
Plakate aufhängen	1 Woche vorher
Infostand mit Flugblättern (Ankündigung Veranstaltung Rückseite)	1 Woche vorher
Ankunft ReferentIn absprechen	2 Tage vorher
Raumgestaltung: Plakate, Fahnen anbringen	1 Stunde vorher
Aktuelles Infomaterial auslegen (aktuelles Material allgemein, Unterschriftenliste Gesundheitspolitik, Flugblatt Gesundheitspolitik, Eintrittsformulare, ...)	1 Stunde vorher
Absprache mit der Bedienung: Bewirtung nur vorher, nachher und während der Pause; Musik abstellen	1 Stunde vorher
Noch nicht bekannte Gäste persönlich ansprechen	Vorher, Pause, nachher
Moderation: Gäste, Medien und ReferentIn begrüßen; ReferentIn vorstellen; Wortmeldungen entgegennehmen und das Wort erteilen; Verabschiedung der Gäste mit Hinweis auf geplante Veranstaltungen und Möglichkeit bei der LINKEN mitzumachen; ggf. Einladung zur Fortsetzung der Gespräche in einer Kneipe	Während
Fotos machen	Während
Anwesenheitsliste herumreichen (siehe unten)	Während
Raum aufräumen	Unmittelbar danach
Bericht und Fotos auf Homepage setzen und an Landesgeschäftsstelle schicken (für Mitgliederinfo)	1 Tag danach
Presseerklärung mit Bericht Veranstaltung an Medien (Foto beifügen)	1 Tag danach
Auswertung Veranstaltung (Resonanz, Verlauf, Stärken/Schwächen Vorbereitung, Kontaktaufnahme InteressentInnen, ...)	Nächste Sitzung Kreis- bzw. Ortsvorstand

Muster-Presseerklärung Veranstaltung

Veranstaltung: Schwarz-Gelb macht krank! Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!

»Die Gesundheitsreform der Bundesregierung ist ein Frontalangriff auf das solidarische Gesundheitssystem. Chronisch Kranke, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Gering- und Durchschnittsverdienende werden zugunsten von Arbeitgebern und Besserverdienenden belastet.«, bewertet XY die Pläne von CDU-CSU und FDP, die ab Januar 2011 gelten sollen.

Auf Einladung der LINKEN. Kreisverband YZ wird, XY am X. Oktober, um X Uhr, im X-Saal des X-Zentrums, Ort, Straße, Hausnummer, über den bevorstehenden Kahlschlag in der Gesundheitspolitik sprechen. XY ist Personalratsvorsitzende am X-Krankenhaus in X.

Mit der Umwandlung des Zusatzbeitrages in eine Zusatz-Kopfpauschale will die Bundesregierung die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden widersetzt sich DIE LINKE diesen Plänen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems:

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht. Wer viel hat, soll auch viel zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen.

Bitte kündigen Sie die Veranstaltung in ihrer Zeitung an. Wir laden Sie herzlich ein, unsere Veranstaltung zu besuchen und Ihren Leserinnen und Lesern darüber zu berichten. Für weitere Informationen stehen wir gern zu Ihrer Verfügung.

XY
Pressesprecher/in DIE LINKE. XY

Muster-Ankündigung Homepage

Schwarz-Gelb macht krank! Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!
Diskussion mit XY, Personalratsvorsitzende am XY-Krankenhaus in XY
X-Tag, X. Oktober, X Uhr,
X-Saal im S-Zentrum, Ort, Straße, Hausnummer

Die Gesundheitsreform der Bundesregierung ist ein Frontalangriff auf das solidarische Gesundheitssystem. Chronisch Kranke, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Gering- und Durchschnittsverdienende werden zugunsten von Arbeitgebern und Besserverdienenden belastet. XY wird die Pläne der Bundesregierung erläutern und die Alternativen der LINKEN vorstellen. Wir laden Sie zu unserer Diskussionsveranstaltung herzlich ein.

Mit der Umwandlung des Zusatzbeitrages in eine Zusatz-Kopfpauschale will die Bundesregierung die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden widersetzt sich DIE LINKE diesen Plänen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems:

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht. Wer viel hat, soll auch viel zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen.

Muster-Auswertung Homepage

Schwarz-Gelb macht krank! Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!

Am X-Tag haben in Y über XX Gäste über die Folgen der geplanten Gesundheitsreform der Bundesregierung diskutiert. Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich einig, dass durch die Reform die Finanzierung des Gesundheitssystems auf die Schwächeren der Gesellschaft abgewälzt wird.

XY, Personalratsvorsitzende des X-Krankenhauses in Y, berichtete auf Einladung der LINKEN. XY detailliert über die geplante Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems. Ihr Fazit: »Durch die Umwandlung des Zusatzbeitrags in eine Zusatz-Kopfpauschale wollen CDU/CSU und FDP die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Ihr Ziel, die Finanzierung des Gesundheitssystems ganz auf Kopfpauschalen umzustellen, haben Merkel und Westerwelle damit keineswegs aufgegeben.

Durch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge müssen die Versicherten künftig Kostensteigerungen alleine bezahlen. Auch das führt zu einer Entsolidarisierung des Gesundheitssystems. DIE LINKE tritt für eine solidarische Bürgerversicherung ein, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht.«

Im Anschluss an die Diskussion verabredeten einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, den Protest gegen die Gesundheitsreform fortzusetzen. Am x. Oktober findet im Y-Büro ein Treffen statt, bei dem eine Straßenaktion geplant werden soll. Interessierte sind dazu herzlich eingeladen!

[Fotos von der Veranstaltung auf die Homepage setzen!]

5 Straßenaktionen

Die Stärke der LINKEN ist der direkte Kontakt mit den Menschen. Doch die Erfahrung zeigt immer wieder, dass gerade Menschen, die von Sozialkürzungen persönlich betroffen sind, so sehr



mit der Bewältigung ihres schwierigen Alltags belastet sind, dass sie keine Energie mehr haben, um zu politischen Veranstaltungen zu gehen. Die Schlussfolgerung daraus ist ganz einfach: Wenn sie nicht zu uns kommen können, gehen wir eben zu ihnen hin.



Eine Möglichkeit sind bunte und laute Straßenaktionen, mit denen wir zum Gespräch und zum Mitmachen einladen. Ein Beispiel:

Eine Gruppe von zehn Genossinnen und Genossen trifft sich an einem Samstagvormittag, um mit



Trillerpfeifen, Vuvuzelas (Fußball-WM-Bestand!) und anderen Krachmachern durch die Innenstadt zu ziehen. Sie haben möglichst bunte und schrille Bademäntel an, ihre Köpfe, Arme und Beine sind mit blutdurchtränkten Binden umwickelt. Einige von ihnen sitzen im Rollstuhl, gehen an Gehhilfen oder werden in einem Krankenhausbett geschoben – was immer sich auftreiben lässt. Mit selbstgemalten Schildern machen sie auf die Folgen der Gesundheitsreform aufmerksam, verteilen Flugblätter, sammeln Unterschriften und führen Gespräche.

Dass eine solche Straßenaktion schon bei der Vorbereitung Spaß macht, zeigen die Fotos aus dem Kreisverband Werra-Meißner. Ein Video der Straßenaktion findet Ihr unter <http://www.die-linke-werra-meissner-kreis.de/aktionen.html>.

Selbstverständlich ist diese Idee nur eine von vielen Möglichkeiten. Falls Ihr weitere Ideen für Straßenaktionen habt, teilt sie uns bitte mit, damit auch andere Kreisverbände davon profitieren können!

Checkliste Straßenaktion	
Was?	Wann?
Termin für die Aktion festlegen	4 Wochen vorher
Falls erforderlich: Genehmigung beim Ordnungsamt einholen	4 Wochen vorher
Ankündigung auf Homepage setzen	3 Wochen vorher
Termin an Landesgeschäftsstelle (achim-kessler@die-linke-hessen.de)	3 Wochen vorher
Aufruf »Mitmachen: Krach gegen Kopfpauschale« per Mail an Mitglieder und uns nahestehende Personen, Initiativen, Vereine und Verbände	3 Wochen vorher
Aktion mit Mitmach-Aufruf in Sozialen Netzwerken (z. B. Facebook) bewerben	3 Wochen vorher
Treffen zur Vorbereitung: <ul style="list-style-type: none"> • Wer macht mit? • Plakate malen • Wer hat einen Rollstuhl, eine Gehhilfe, kann ein Krankenhausbett etc. besorgen? • Wer bringt Bademäntel mit? • Wer besorgt Binden und rote Farbe? • Wer kopiert Unterschriftenlisten und Eintrittsformulare? • Wer bringt einen Fotoapparat, eine Videokamera mit? • Wer bringt Trillerpfeifen, Vuvuzelas etc. mit? • ... 	
Einladung Medien	2 Wochen vorher
Erinnerung Medien und bitte um Vorankündigung einen Tag vorher	1 Woche vorher
Fotos und/oder Video aufnehmen	Während
Bericht und Fotos auf Homepage setzen und an Landesgeschäftsstelle schicken (für Mitgliederinfo)	1 Tag danach
Presseerklärung mit Bericht Veranstaltung an Medien (Foto beifügen)	1 Tag danach
Auswertung Veranstaltung (Resonanz, Verlauf, Stärken/Schwächen Vorbereitung, Kontaktaufnahme InteressentInnen, ...)	Nächste Sitzung Kreis- bzw. Ortsvorstand

Muster-Aufruf

Mitmachen: Krach gegen Kopfpauschale!

Im Januar 2011 soll die Gesundheitsreform der Bundesregierung in Kraft treten:

- ✓ Ab Januar 2011 zahlen RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen 8,2 Prozent. Der von SPD und Grünen eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent bleibt bestehen.
- ✓ Arbeitgeber zahlen nur 7,3 Prozent. Ihr Beitrag wird dauerhaft eingefroren. Künftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten alleine tragen.
- ✓ Reicht den Krankenkassen das Geld aus diesen Beiträgen nicht, müssen die Versicherten eine Zusatz-Kopfpauschale (Zusatzbeitrag) zahlen, ohne Obergrenze. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wesentlich stärker belastet als Personen mit hohen Einkommen.
- ✓ Der versprochene »Sozialausgleich« verdient diesen Namen nicht. Bei 16 Euro Durchschnittspauschale und einem Bruttoeinkommen von 800 Euro gibt es keinen Ausgleich: In diesem Fall werden 10,2 Prozent oder 81,60 Euro fällig! Niedrigverdienende, RentnerInnen, Auszubildende und Studierende zahlen künftig über 10,2 Prozent ihres Einkommens an Beiträgen. Das ist eine staatlich verordnete Einkommenskürzung! Dazu kommen noch die Praxisgebühr und die Zuzahlungen.

DIE LINKE. XY findet sich damit nicht ab! In einer lauten und bunten Straßenaktion werden

wir am X. Oktober in X (Treffpunkt X Uhr, Y-Straße) dagegen protestieren!

Wir treten ein für eine solidarische Bürgerversicherung,

- ✓ in der alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied sind. Auch Beamte, Politikerinnen und Politiker und Selbständige.
- ✓ Bei der nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch andere Einkommensarten wie zum Beispiel Kapitalerträge und Pachteinnahmen beitragspflichtig sind.
- ✓ Bei der die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft wird.

Bitte unterstützen Sie uns bei unserem Protest:

Ein Vorbereitungstreffen findet am X. Oktober um Y Uhr im Z-Raum, Straße, Hausnummer statt!

Falls Sie an dem Treffen nicht teilnehmen können, schicken Sie uns einfach diesen Abschnitt zurück:

Ich will bei der Aktion »Krach gegen Kopfpauschale« mitmachen, bitte rufen Sie mich an:

Name:

Telefon:

E-Mail:

Muster-Presseerklärung Straßenaktion

Krach gegen Kopfpauschale

Mit einer lauten und bunten Straßenaktion – mehr verraten wir noch nicht! – wird DIE LINKE. XY am X. Oktober in X gegen die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform protestieren. Treffpunkt ist um X Uhr, Y-Platz.

»Die Gesundheitsreform der Bundesregierung ist ein Frontalangriff auf das solidarische Gesundheitssystem. Chronisch Kranke, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Gering- und Durchschnittsverdienende werden zugunsten von Arbeitgebern und Besserverdienenden belastet«, erklärt XY, Kreisvorsitzende der LINKEN. XY.

»Mit der Umwandlung des Zusatzbeitrages in eine Zusatz-Kopfpauschale will die Bundesregierung die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden widersetzt sich DIE LINKE diesen Plänen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems:

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht. Wer viel hat, soll auch viel zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen.«

Bitte kündigen Sie die Straßenaktion in ihrer Zeitung an. Wir laden Sie herzlich ein, unsere Straßenaktion zu begleiten und Ihren Leserinnen und Lesern darüber zu berichten. Für weitere Informationen stehen wir gern zu Ihrer Verfügung.

XY

Pressesprecher/in DIE LINKE. XY

Muster-Ankündigung Homepage

Mitmachen: Krach gegen Kopfpauschale

Mit einer lauten und bunten Straßenaktion wird DIE LINKE. XY am X. Oktober in X gegen die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform protestieren. Treffpunkt ist um X Uhr, Y-Platz.

Die Gesundheitsreform der Bundesregierung ist ein Frontalangriff auf das solidarische Gesundheitssystem. Chronisch Kranke, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Gering- und Durchschnittsverdienende werden zugunsten von Arbeitgebern und Besserverdienenden belastet.

Mit der Umwandlung des Zusatzbeitrages in eine Zusatz-Kopfpauschale will die Bundesregierung die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden widersetzt sich DIE LINKE diesen Plänen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems:

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht. Wer viel hat, soll auch viel zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen.«

Bitte machen Sie mit und unterstützen Sie unsere Straßenaktion!

Ein Vorbereitungstreffen findet am X. Oktober um Y Uhr im Z-Raum, Straße, Hausnummer statt! Sie sind herzlich eingeladen.

Falls Sie an dem Treffen nicht teilnehmen können, schicken Sie uns einfach eine kurze E-Mail an xy@die-linke-xy.de! Wir melden uns gerne bei Ihnen!

Muster-Auswertung Homepage

Krach gegen Kopfpauschale

Laut und bunt war die Straßenaktion, mit der DIE LINKE. XY am X. Oktober in X gegen die geplante Gesundheitsreform protestiert hat. Mit Vuvuzelas, Trillerpfeifen, bunten Bademänteln und blutgetränkten Verbänden haben XX Personen symbolisch auf die Folgen des Frontalangriffs auf das solidarische Gesundheitssystem durch CDU/CSU und FDP aufmerksam gemacht.

Chronisch Kranke, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Gering- und Durchschnittsverdienende werden zugunsten von Arbeitgebern und Besserverdienenden belastet. Mit der Umwandlung des Zusatzbeitrages in eine Zusatz-Kopfpauschale will die Bundesregierung die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen.

Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden widersetzt sich DIE LINKE diesen Plänen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems:

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, die die gesamte Bevölkerung umfasst und alle Einkommensarten – und zwar in voller Höhe – zur Finanzierung heranzieht. Wer viel hat, soll auch viel zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen.

Die Straßenaktion sorgte in der Innenstadt für viel Aufsehen. Am Rande der Aktion ergaben sich viele Gespräche mit Passantinnen und Passanten. Viele von ihnen dokumentierten mit ihrer Unterschrift ihre Ablehnung der geplanten Gesundheitsreform.

[Unbedingt Fotos und/oder Video auf die Homepage setzen]

6 Aktionsbündnis »Köpfe gegen Kopfpauschale«

Informationen über das vom DGB initiierte Aktionsbündnis, über seine Träger und die Kampagne gibt es unter: www.stoppauschale.de/die-kampagne/aktionsbueundnis

Auf dieser Homepage (www.stoppauschale.de/mein-kopf-gegen-kopfpauschale) ist es möglich, ein Foto und einen Kommentar hochzuladen, um so gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform zu protestieren. Es wäre schön, wenn unter den »Köpfen gegen Kopfpauschale« viele Mitglieder und MandatsträgerInnen der Partei DIE LINKE wären!

Materialien zur Kampagne, ein Aufruf und ein Flugblatt mit Unterschriftenliste sowie die E-Petition

finden sich ebenso auf dieser Seite (www.stoppauschale.de/die-kampagne) wie, Videoclips und Banner zur Verlinkung auf die Homepage (www.stoppauschale.de/service/downloads). Bitte verbreitet die E-Petition auch unter Kolleginnen und Kollegen, Bekannten, Verwandten und Freundinnen und Freunden.

Auch in dem sozialen Netzwerk »Facebook« gibt es die Aktion »Köpfe gegen Kopfpauschale«. Wenn Ihr dort Mitglied seid, könnt Ihr auch auf diesem Weg die Kampagne unterstützen.

7 Weitere Informationen

Informationen und Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zur Gesundheitsreform: www.linksfraktion.de/themen/gesundheitsreform

Informationen zur Gesundheitskampagne der Bundespartei und Download des Bildungsheftes »Gesundheitspolitik« und der Broschüre »Gesundheitspolitische Positionen«: die-linke.de/politik/themen/gesundheitskampagne

Aktuelle Informationen zur Gesundheitskampagne der Partei DIE LINKE. Landesverband Hessen: www.die-linke-hessen.de/lv15/politik/presse/540-die-linke-hessen-startet-kampagne-gegen-kopfpauschale

8 Impressum

Zweite, aktualisierte Auflage

Herausgeber DIE LINKE. Landesverband Hessen
Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 70 65 02
landesvorstand@die-linke-hessen.de
www.die-linke-hessen.de

Redaktion Axel Gerntke, Achim Kessler

Stand Oktober 2010

Grafik LingoVision Hamburg